

Bezugspreis: Vierteljahr 1.20 RM., monatlich 1.00 RM., wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus, botenlos, Einzelne Wochenblätter 5 Pf., Einzelhefte 10 Pf., Postgebühr monatlich 1.20 RM. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 RM., für das übrige Ausland 4 RM. monatlich. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Dänemark, Schweden u. die Schweiz, eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Erscheint täglich. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Mariäplatz, Nr. 151 90-151 97.

Montag, den 8. Oktober 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Mariäplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Der Reichstag vor der Entscheidung.

## Der zweite Anfall.

Die Regierung Michaelis hat am Sonnabend ihren zweiten krisenhaften Anfall erlitten. Er ist schwerer als der erste, beruht aber auf demselben chronischen Leiden.

Bei dem ersten, im Hauptausfluß, widerfuhr Herr Michaelis plötzlich sein berühmter „fallcher Zungen-schlag“. Heute, die Ohren haben zu hören, wollten eine Erklärung des Reichskanzlers vernommen haben, in der er sagte, er habe sich nie um Friedensentscheidung der Mehrheit bekannt. Der geheimnisvolle Zwischenfall fand in einer neuen Erklärung seine befriedigende Erledigung. Und seitdem haben sich, mindestens vier Wochen lang, Reichskanzler und Mehrheit sehr gut miteinander vertragen, ja, es hat wenig gefehlt, daß die Mehrheit Herr Michaelis für seine (oder Herrn v. Kühlmanns) brave Note an den Papst einen Bleistift ausgestellt hätte.

Nun aber stehen wir schon wieder vor einem „Nißerständnis“, das schwerer und verhängnisvoller zu sein scheint als das erste. Und auch dieser neueste Konflikt steht keineswegs im Zeichen des Wortes: „Nur offen wie ein Mann für oder wider!“ Hätten die beiden Regierungsvertreter, die am Sonnabend das Wort ergriffen, einen Hymnus auf die „Vaterlandspartei“ angestimmt und die behördliche Agitation für sie in Schutz genommen, dann war für den Reichstag und die ganze Öffentlichkeit eine klare Situation gegeben. Mehrheit und Regierung hätten miteinander um ihre Ueberzeugung gerungen, und es hätte sich zeigen müssen, wer von beiden der Stärkere ist.

Aber davon kann ja gar keine Rede sein. Die Regierungsvertreter dachten gar nicht daran, sich der Mehrheit zum Kampf zu stellen. Sie sagten kein Wort zur Verteidigung der alldeutschen Politik, für die sie wahrscheinlich auch gar keine Begeisterung empfinden, sie gaben zu, daß behördlicher Bestimmungsdruk und parteipolitische Verheerung im Saal unzulässig seien, ja, sie versprachen sogar Abhilfe. Aber das alles geschah in einer Weise, die nicht beruhigend, sondern herausfordernd wirkte und vorhandenes Mißtrauen nicht verminderte, sondern steigerte. Die Regierungsvertreter versuchten, diese bitterernste Angelegenheit als Bagatelle zu behandeln und den Reichstag billig zu verdrösten, woraus dieser den Eindruck erhielt, es sollte jetzt eben erst recht alles beim alten bleiben.

Es gibt wohl keinen Menschen, der bezweifelt, daß der neueste schwere Mißerfolg der Regierung in dem Mangel einer wirklichen Führung seinen Hauptgrund hat. Bei aller sonstigen Herrlichkeit der Meinungen herrscht doch in allen Kreisen der Wunsch nach einer wirklichen politischen Führung. Die einen denken sich diese Führung streng monarchisch, die anderen demokratisch-parlamentarisch, die einen alldeutsch, die anderen im Sinne des Verständigungsfriedens — aber alle Volkskreise empfinden den Mangel eines einheitlich ordnenden Willens an der Spitze des Reiches als einen schweren und gefährlichen Fehler. Herr v. Bethmann hatte Gegner rechts wie links, weil man ihm nicht die Energie zutraute, durchzugreifen, sein Abgang wurde rechts wie links mit der Hoffnung auf Besserung begrüßt — aber ist diese Hoffnung erfüllt worden?

Der Sehnsuchtsruf der Alldeutschen geht nach einem „Zivil-Sindenburg“. In der Tat: wir haben führende Generale, aber keine führenden Staatsmänner. Hätten wir sie, dann wäre die Kriegführung nur ein Mittel ihrer Politik. Diese Politik könnte dann eine Eroberungs- oder eine Verteidigungspolitik sein, sie könnte einem Verständigungsfrieden oder einer zerstückelnden Kriegsentcheidung zustreben — auf alle Fälle würden dann nicht die Generale, sondern die Staatsmänner das letzte entscheidende Wort haben. Alles, von den Ministerreden und Noten angefangen, bis zum letzten amtlichen Aufklärungsblatt an die Soldaten und an die Zivilbevölkerung würde dann von einem einheitlichen Geiste erfüllt sein. Für die Generale aber könnte es gar nichts Besseres geben, als die Politik in festen, geschickten Händen zu wissen und sich in diesem angenehmen Bewußtsein ausschließlich auf dem Feld ihrer eigenen Tüchtigkeit bewegen zu können.

Weil aber der starke staatsmännische Wille fehlt, darum sind die Grenzen zwischen Kriegführung und Politik, zwischen Militärgewalt und Zivilgewalt unsicher geworden. Wäre der Krieg von 70/71 nach Bismarcks strategischen Plänen geführt worden, so wäre er wahrscheinlich verlorengegangen, und hätte Volke die deutsche Auslandspolitik an Bismarcks Stelle geführt, so wäre das Ergebnis wahrscheinlich nicht weniger fatal gewesen. Die alte Wahrheit! „Eines schickt sich nicht für alle, jede, wie er's treibe, jede jeder, wo er bleibe, und, wer steht, daß er nicht falle!“ Herr Michaelis, auf den wir damit zu sprechen kommen, ist kein Zivil-Sindenburg. Er ist nicht der Staatsmann,

## Artilleriekampf zwischen Poellapelle und Zandvoorde — Der Angriff auf Dänkirchen — Russenangriff in der Bukowina.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 7. Oktober 1917.

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Regenfällen und Wind blieb die Gefechtsaktivität bei fast allen Armeen gering.

In Flandern lag starkes Störungsfeuer, durchsetzt mit einzelnen heftigen Feuerstößen, auf dem Kampffelde zwischen Poellapelle und Zandvoorde.

Vor Verdun lebte auf dem Ostufer der Maas die Feuer-tätigkeit zeitweilig auf.

Erfundungsgerichte riefen dort und in mehreren anderen Abschnitten vorübergehend eine Steigerung des beiderseitigen Feuers hervor.

Die Auswertung von Lichtbildaufnahmen unserer Flieger bestätigt, daß unsere Bombenangriffe auf die Festung Dänkirchen starke Zerstörungen in mehreren Stadvierteln, besonders an den Kasern-, Speicher- und Bahnanlagen verursacht haben. Empfindliche Hemmungen des englischen Nachschubes werden dadurch erreicht worden sein.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

#### Front Prinz Leopold.

Nordöstlich von Riga, bei Dünaburg und am Ibrurg bekämpften sich mehrfach die Artillerien lebhaft.

#### Front Erzherzog Joseph.

In der Bukowina griffen die Russen unter Einsatz von Panzerkraftwagen unsere Stellungen bei St. Onofry und Washkoun an. Der Feind wurde durch Feuer abgewiesen, aus Washkoun durch Gegenstoß deutscher und österreich-ungarischer Truppen vertrieben.

Gefangene blieben in unserer Hand.

Bei der

#### Operengruppe Radensko

lebte am unteren Sereth und bei Tulcea die Kampftätigkeit der Artillerien auf.

#### Mazedonische Front.

Nichts Wesentliches.

Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff.

## Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 7. Oktober 1917, abends.

In Flandern am Abend sich steigender Feuerkampf zwischen Langemarck und Zonnebeke.

An den übrigen Fronten nichts Wesentliches.

## Der österreichische Bericht.

Wien, 7. Oktober. Amtlich wird verlautbart:

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Bei Sereth in der Bukowina griff der Feind gestern nach starker Artillerievorbereitung an. Er wurde bei St. Onofry durch Feuer abgewiesen, bei Washkoun von österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen im Gegenstoß geworfen.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Gabriele-Abchnitt beschränkten sich die Italiener gestern auf Teilvorstöße; diese blieben erfolglos.

Auf der Gossabellia hielten Hochgebirgsabteilungen 21 Bersaglieri aus den feindlichen Gräben.

### Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Der Chef des Generalstabes.

der mit ungeheurer Energie die entfesselten Kräfte des Kriegs auf ein vorbedachtes Ziel hinlenkt. Er vermag weder in dem erforderlichen Maße Widerstand zu leisten, noch fortzureichen und zu begeistern. Und sein unglücklicher Vertreter Herr Helfferich, der gestern eine noch schlechtere Presse hatte als vorgestern einen schlechten Reichstag? In seinem Beispiel zeigt sich, daß Gelehrtheit, Gerissenheit und Geschmeidigkeit, verbunden mit einem starken Selbstbewußtsein, nicht die Stoffe sind, aus denen die großen Figuren des öffentlichen Lebens geschnitten werden. Die Zeit verlangt politische Charaktere. Repräsentanten großer Ideen, also etwas, wovon Herr Helfferich bei allen seinen Geschicklichkeiten doch das gerade Gegenteil ist. Er ist in hohem Grade verwendungsfähig, von erwiesener Unbrauchbarkeit aber als Führer.

Wirklich geleitet werden kann das Reich in dieser schweren Zeit nur von Männern, die von einem unbeeugsamem

politischen Willen beseelt sind. Solche Männer können unter Umständen auch mit der Volksvertretung um ihre Ueberzeugung kämpfen, sie dürfen vor dem Kampf aber auch gegenüber anderen Stellen nicht zurückschrecken. Sie müssen dem Grundsatze zur Anerkennung verhelfen, daß die politische Erwägung allein zielsendend wirken darf, und daß sich alle anderen Kräfte im Staat ihr dienstbar zu halten haben.

Daß die Bureaucratie des Oberrichtsstaates diese Aufgabe nicht erfüllen kann, hat sie vor und nach Zabern, im Frieden und im Krieg, unter Bethmann und unter Michaelis ungezählte Male bewiesen. Heute aber ist die Herstellung des richtigen Verhältnisses zwischen den physischen Kräften, die sich draußen mächtig entladen, und dem politischen Geist, der alles ordnet und lenkt, das Problem Deutschlands geworden. Daran erklärt sich die unheilbare Anfallsigkeit der Regierung Michaelis. Es ist nicht nur der Mann, es ist das System, das verfaßt!

## Was weiter?

### Zurückweisung des Nachtragsetats an den Hauptausfluß. — Vertagung der Debatte auf Dienstag?

In der Sonnabend-Debatte des Reichstags ist eine sehr wichtige Seite der unstrittenen Interpellations-Angelegenheit nur flüchtig berührt worden. Als Gen. Landsberg die Vertriebsfahigkeit der reichstagsfeindlichen Propaganda im Saal schilderte, kam von der Linken her der Zuruf: „Wer bezahlt denn das?“ Und Landsberg antwortete mit einem Hinweis auf die letzte Rede des Grafen Poldowski, in der gesagt war, es sei erstaunlich, zu welchen Zwecken mitunter Reichsmittel verwendet würden.

Die Reichsmittel werden vom Reichstag bewilligt und über die Art ihrer Verwendung sieht ihn die Kontrolle zu. Der Reichstag ist also zu der Frage berechtigt und verpflichtet, ob und in welchem Umfange zum Zweck der erwähnten Propaganda über Reichsmittel verfügt worden ist. Es handelt sich um eine etatrechtliche Frage von großer Bedeutung, mit der sich am besten zunächst der Hauptausfluß beschäftigen wird.

Der Hauptausfluß hat letzter Tage auch den Nachtragsetat, der die Geldforderung für den neuen Vizekanzler enthält, erledigt, der Reichstag hat die zweite Lesung vorgenommen, nur die dritte steht noch aus. Durch die Sonnabend-Debatte ist aber die vielumstrittene Frage der Kanzler-Stellvertretung in eine neue Beleuchtung gerückt worden. Der neue Vize sollte für Herrn Helfferich geschaffen werden, der jetzt im Reichstag erklärt hat, daß er nicht mehr das Vertrauen des Hauses besitze, habe es keine. Jweil mehr für ihn zu reden. Dem Reichstag kann unmöglich zugemutet werden, das Gehalt für einen „Sprechminister“ zu bewilligen, für den nach seiner eigenen Erkenntnis das Reden überhaupt keinen Zweck mehr hat. So ist es begreiflich, daß man in Reichskreisen mit dem Gedanken umgeht, den Nachtragsetat an den Hauptausfluß zurückzuverweisen und ihn dort noch einmal auf seine Zweckmäßigkeit gründlich durchnüpfen.

Gelangt dieser Plan zur Ausführung, so dürfte die für heute angelegte Polikung des Reichstags ausfallen und statt des Plenums nur der Hauptausfluß tagen. Die Interpellationsdebatte würde dann am Dienstag zu Ende geführt werden. Der zurzeit von Berlin abwesende Reichskanzler würde dann noch eine letzte Gelegenheit erhalten, seine Stellung vor dem Reichstag klarzulegen.

Ob ein solches Vorgehen tatsächlich richtig ist, darüber werden die Meinungen auseinandergehen. Soviel wir wissen, besteht in allen Wehrheitsfraktionen eine starke Stimmung dafür, ohne weitere Umstände den Antrag der Unabhängigen anzunehmen. Den Nachtragsetat ablehnen kann man ja auch noch später!

## Die Presse gegen die Regierung.

Die ganze Presse, von den Blättern der äußersten Rechten abgesehen, nimmt in ausführlichen Besprechungen der letzten Reichstagsung energisch gegen die Regierung Stellung. Selbst ein alldeutsches Blatt, wie die „Tägl. Rundschau“, ist mit den Ansichten der Regierungsvertreter unzufrieden. Und wenn sie dem Kriegsminister noch mildernde Umstände zubilligt, so ist sie desto schlechter auf Helfferich zu sprechen, von dem sie sagt:

In dem Augenblick, wo Herr Helfferich an diesem kritischen Sonnabend dem hohen Hause seine Rücksicht zeigte, hatte man nicht das Gefühl einer unanfechtbaren politischen Handlung. Es ist nicht zum erstenmal, daß man Herrn Helfferich den Gekränkten spielen sieht. Aber das ist ihm gewiss die glückliche Rolle, die ein Politiker sich wählen kann; sie gewinnt bei Wieder-

holungen nicht; und sie steht besonders merkwürdig einem Minister zu Gesicht, der den besondern Beruf hat, den Reichstag gegenüber dem Parlament zu vertreten.

Die „Tägl. Rundschau“ nennt den Sonnabend einen fetterlichen Tag. Im Kassandraton fügt sie hinzu: „Kritischere werden folgen!“

Das Zentrumblatt, die „Germania“, stellt fest, daß es die Weisheit durchaus nicht auf einen Konflikt angelegt hatte, sondern daß dieser erst von den Regierungsvertretern hervorgerufen worden ist. Sie meint, für Helfferich wäre es ein Leichtes gewesen, analogisch zu wirken:

Statt dessen kam das, was er zu sagen hatte, mit einer Schrockheit heraus, die nichts von der notwendigen parlamentarischen Gewandtheit erkennen ließ. Manche Leute möchten in seinem Auftreten sogar eine gemollte Prüßifizierung sehen. Wir schließen uns dieser Auffassung keineswegs an, können aber nicht verkennen, daß Herr Dr. Helfferich sich heute nicht als Herr der Situation erwiesen hat.

Ebenso stellt die ganze liberale Presse das vollständige Versagen der Regierung fest. Mit besonderer Schärfe wendet sich die „Börs. Ztg.“ gegen Helfferich:

Unmöglich können die Mehrheitsparteien dem Vizekanzler ein Vertrauen aussprechen, das er in ihren Reihen nicht genießt. Auch wenn die dritte Lesung über das neuegeordnete Amt des Vizekanzlers zur Erledigung steht, erhebt sich noch einmal die gleiche Frage. Wie können dem Reichstag nicht zumuten, wieder ein Schauspiel der Ohnmacht zu geben. Vieles, was gestern gesagt worden ist, hätte unterbleiben können, vieles war ungeschickt und nicht der Ausfluß bösen Willens. Aber das Verhalten Dr. Helfferichs hat jeden Weg versperrt. Das erste Mal ist es nicht. Wir hoffen das letzte.

Auch der „Berl. Börsenkurier“ spricht von einer Misstrauensstimmung. Die „Berl. Allg. Ztg.“ spricht von einem schwarzen Tag, sie findet, daß der Kriegsminister keine politischen Fähigkeiten bewiesen habe, und meint dann von Helfferich, er habe kein politisches Wirken auf den Spruch eingestellt: „Ein Vursch wie ich, was macht sich der daraus!“

Das „Berliner Tageblatt“ nennt Landsbergs Rede eine „befreiende Rede“. „Sie hat den Stimmen der Entrüstung und der Erbitterung, die in übergroßer Zahl nach Kennerung drängen und unter den heutigen Verhältnissen von der linksstehenden Presse nicht wiedergegeben werden können, Gehör verschafft.“ Das Blatt findet, daß eine kraftvolle Regierung heute weniger existiere als je zuvor. Zum Fall Helfferich schreibt es:

In den Besprechungen, die heute stattfinden sollen, wird man erwägen, ob der Posten des Vizekanzlers, den man in zwei Lesungen bewilligt hat, auch in der dritten Lesung zu bewilligen sei. Daß dieser Posten ziemlich zwecklos ist und nur den Herrn Reichskanzler in dem Gedanken, entbehrlich zu sein, bestärken kann, hat sich gestern deutlich gezeigt. Man darf wohl hoffen, daß auch die fortschrittliche Volkspartei ihre Ansichten in dieser Frage den Umständen gemäß wandeln wird.

Die Presse der Rechten kompromittiert die Regierungsvertreter durch das kräftige Lob, das sie ihnen zollt. Die „Berl. Neuesten Nachrichten“ triumphieren, die „Demokraten“ hätten sich mit ihrer Interpellation eine kräftige Abfuhr geholt. Die anderen alldeutschen-konservativen Blätter verdenken es dagegen den „Demokraten“ sehr, daß sie eine „kräftige Abfuhr“ nicht demütig hingenommen haben, und schreiben, wie die „P. o.“ von einer „Politik der Schmähungen“, von „Berleumdungen“ und „Prüchelnungen“, deren sich die Mehrheitsvertreter schuldig gemacht haben sollen. Eines dieser Blätter überschreibt seinen Artikel: „Die Volksvertreter gegen das Heer“. Das Heer selber, die unzähligen Soldaten, die den Vorgängen im Reichstag mit brennendem Interesse folgen, sie werden sehr genau wissen, daß die Volksvertreter nicht gegen, sondern für das Heer eingetreten sind und sie werden es ihnen danken!

## Der Sozialistenkongress in Bordeaux.

Der außerordentliche Parteitag der französischen sozialdemokratischen Partei ist am Sonnabend in Bordeaux zusammengetreten. Die Friedensfrage steht im Mittelpunkt seiner Verhandlungen. Die „Humanité“ kennzeichnet die Situation durch den Satz: Es scheint leider, daß die bisherige Minderheit, die

einen schnellen Frieden ersehne und fordere, über die Hälfte der abstimmen Delegationen gewonnen habe. Ueber den Beginn der Verhandlungen meldet die „Agence Havas“:

Auf dem Sozialistenkongress, bei dem Renaudel den Vorsitz führte, behandelte Comptore-Morel die Frage der Teilnahme der Partei an der Konferenz in Stockholm. Die Einberufung der Internationalen würde kein anderes Ergebnis haben, als die Verschiedenheiten der Ansichten zu betätigen, die die französischen Sozialisten wie die aller anderen Länder trennen. Comptore-Morel erinnerte die sozialistische Partei daran, wie einmütig sie sich am 4. August 1914 für den Krieg ausgesprochen habe, weil Frankreich das Opfer eines unbeschreiblichen Angriffs war. Deshalb, rief er unter dem lebhaften Beifall der Anhänger der Mehrheit, wird es notwendig sein, sich hier entschieden für einen Siegesfrieden, dessen Anhänger ich bin, auszusprechen, oder für einen Verständigungsfrieden, der Frankreich verkleinern würde. Den Krieg fortsetzen, heißt das Recht des Volkes auf Freiheit in jeder Gestalt wahren, denn ein tatsächlicher oder verhängter Sieg Deutschlands bedeutet die wirtschaftliche und politische Knechtschaft Frankreichs. Ein neues Weltkriege würde unausbleiblich zu einem neuen Zusammenstoß führen.

Der Redner sah keine Ausführungen wie folgt zusammen: Wenn Frankreich besiegt wird, so bedeutet dies das Verschwinden der Demokratie aus der Welt. Auch darf die Einigkeit aller Franzosen nicht gerissen werden. Unsere Partei muß jede Regierung der nationalen Verteidigung unterstützen unter der einzigen Bedingung, daß die Kriegsziele demokratisch sind, wie dies übrigens bei den Kriegszielen Frankreichs der Fall ist. Dies ist die nützlichste Politik für unsere Partei, die keine Raumfahrer zählen darf.

Comptore-Morel brachte zum Schluß seiner Ausführungen eine Entschliebung ein, die erklärt,

daß die Partei den unbedingten Frieden ablehnt und nur einen Frieden der Wiederherstellung annimmt, einen siegreichen Frieden, der nur durch die hohe Einigkeit der Franzosen verwirklicht werden könne. Die Partei werde jeder Regierung ihre Unterstützung leisten, die fest entschlossen sei, eine demokratische ebenso tätige, wie rücksichtslose Kriegspolitik zu führen.

Rappaport entwickelte in längeren Ausführungen die sozialistische Theorie und erklärte, daß er die Annahme der Kriegskredite und die Teilnahme an einer Regierung der nationalen Verteidigung unbedingt verwerfe.

Der Kongress beschäftigte sich hierauf mit der Prüfung der Mandate. 22 Departementsverbände sind vertreten und zwar mit 2607 Mandaten. Hierauf wurde die Sitzung aufgehoben.

## Peru gegen Deutschland.

Amsterdam, 7. Oktober. Reuter meldet aus New York: Ein Telegramm aus Lima teilt mit, daß der peruanische Kongress fast einstimmig beschloß, die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland abzubrechen.

An Berliner amtlicher Stelle ist, wie die Telegraphen-Union erfährt, bisher keine Bestätigung dieser Reutermeldung eingetroffen.

## Die Kabinettskrise in Schweden.

Stockholm, 7. Oktober. (Via Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die schwedische Arbeiterpartei beschloß, den Eintritt in das Koalitionsministerium abzulehnen, da die Rechte keine genügende Bürgschaft für die Durchführung der Verfassungsreform gibt.

Da eine Lösung der Kabinettskrise gegen den Willen der Sozialdemokratie ausgeschlossen ist, hat die Entscheidung der Arbeiterpartei als ein energischer Stieb gegen die Konservativen zu gelten.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Stockholm über den Gang der Krise mitgeteilt: In der Frage der Neubildung der schwedischen Regierung haben in den letzten Tagen ständig Parteibesprechungen stattgefunden, deren Hauptinhalt die Prüfung der Voraussetzungen für ein Koalitionsministerium war. Wie verlautet, sind die Aussichten für ein Zustandekommen eines solchen, nach den ursprünglichen Plänen aus mindestens zwei Vertretern der drei Hauptparteien bestehenden Ministeriums infolge der veröffentlichten Forderungen der Liberalen beinahe auf Null gesunken. Der König ist gestern in die Hauptstadt zurückgekehrt.

Der Beschluß der Arbeiterpartei dürfte die Aussichten des Koalitionsplanes völlig auf Null gebracht und damit das Stadium der schädlichen Illusionen erledigt haben.

## Verständigung über die Koalition in Rußland.

Petersburg, 7. Oktober. (Neuermeldung.) Die Mitglieder der Regierung berieten unter dem Vorsitz Kerenskis von Freitag 5 Uhr nachmittags bis Sonnabend 3 Uhr morgens mit Wohlwollen Industriellen, Abgeordneten der Demokratischen Konferenz und Kadetten. Eine Verständigung über die Bildung einer Koalitionsregierung wurde erzielt.

Die Verhandlungen, die diesem Ergebnis vorangingen, sind langwierig und also mit Schwierigkeiten beladen gewesen. Nähere Nachrichten über ihren Verlauf fehlen noch. Eine am Sonnabend ausgegebene Meldung kündigte die Bereitschaft der Demokratischen Konferenz zur Verständigung an. Sie lautet:

Petersburg, 6. Oktober. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nach Wiederaufnahme der Besprechung zwischen den Mitgliedern der Regierung und den Vertretern der Demokratischen Konferenz gab Kabanow im Namen der Gruppe der bürgerlichen Vertreter deren Bedingungen bekannt. Tseretelli erklärte sich namens der Vertreter der Demokratischen Konferenz zu einer Verständigung bereit unter Bedingungen, die der Demokratie annehmbar sein und die endgültige Genehmigung seiner Auftraggeber erhalten haben müßten. Am 7. Oktober wird die Besprechung wieder aufgenommen, um die genauen Bedingungen für eine Verständigung festzusetzen.

Petersburg, 7. Oktober. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Blätter besprechen das Ergebnis der Demokratischen Konferenz. Die sozialdemokratische „Kobetschaja Gazeta“ sagt: Die Konferenz hat trotz der pessimistischen Voraussetzungen zu einem Kompromiß im Schoße der Demokratie geführt, und so eine Verständigung mit den der Revolution treuen bürgerlichen Elementen möglich gemacht. Das Organ des Arbeiter- und Soldatenrats „Iswestija“, erklärt: Die Konferenz hatte das Vorgehen zum Ergebnis, das gestatten wird, das Land ohne Bürgerkrieg bis zur Verfassunggebenden Versammlung zu führen. Das populärsozialistische Blatt „Solja Narod“ ist der Ansicht, wenn es der Konferenz nicht gelungen sei, eine Regierungsgewalt zu bilden, so habe sie jedoch eine nützliche Lehre gegeben, wie man den demokratischen Block von den anarchoischen Elementen befreien und denen Widerstand leisten könne, die das Vaterland dem Schandzuteiden. „Rjeisch“ schreibt: Da die Konferenz den Grundgedanken der Koalition bekräftigte, wollen wir alle anderen politischen Programme beiseite lassen und uns einigen, um den Staat vor einer Katastrophe zu retten.

## Kerenski und der Eisenbahnerausstand.

Die Hauptversammlung des Eisenbahner-Ausschusses im Moskauer Bezirk hat der Anlage des Ausstandes zugestimmt, und erklärt, dieser Entschluß sei nicht gegen das Staatsinteresse, denn die Weigerung der Regierung, die Forderungen der Eisenbahner zu bewilligen, bedrohe die Eisenbahnen mit Anarchie, die dem Lande unüberbringliches Unheil zufügen würde. Zugleich erklärte die Versammlung die der Front dienenden Eisenbahnen als außerhalb des Ausstandes stehend. Der Moskauer Ausstands-Ausschuß hat an Kerenski gedroht: „Die Eisenbahner haben sechs Monate geduldet auf Befriedigung ihrer Forderungen gewartet und machen jetzt die Regierung für die weiteren Ereignisse verantwortlich.“ Darauf hat Kerenski am 5. Oktober abends dem Ausschuss des Allgemeinen Eisenbahner-Bundes verständigt, daß ihre Forderungen am 8. Oktober erfüllt werden würden, und ihn gebeten, den Ausstand abzusagen.

Die Angelegenheiten der wichtigen Modifikationsbahn und anderer Bahnlinien trafen eine Entschliebung gegen den Ausstand, welche hoffen läßt, daß es den Anstrengungen der Regierung und des Arbeiter- und Soldatenrats gelingen wird, die neue Bewegung zu beschwören.

Die Arbeiter sämtlicher Papierfabriken sind in den Ausstand getreten.

Nach einem Telegramm aus Gomel, Provinz Rohitza, weigerten sich 8000 dort versammelte Soldaten, an die Front zu gehen, und versuchten Unruhen herbeizurufen. Sie wurden von Kosaken und Dragonern umzingelt, worauf sie sich ergaben.

## Nachträgliches zur ersten Isonzofschlacht.

Von unserem Kriegsberichterstatter Hugo Schulz. Kriegspressequartier, Ende September.

Die Italiener haben in der ersten Isonzofschlacht Anstrengungen gemacht, die sie aus eigener Kraft unmöglich mehr überbieten können. Sie lassen sich erkennen an der festgestellten Tatsache, daß auf italienischer Seite 48 Divisionen ins Treffen gekommen sind, also nicht weniger als 578 Bataillone. Auf unserer Seite wurden höchstens 200 Bataillone in den Kampf geworfen und es blieben noch stattliche Rezerwen unverbraucht in der Hand der Führung. Die vorausgeschickten Bataillone genügten nicht bloß, um die Wucht des Angriffs abzumildern, sondern auch um erfolgreiche Gegenversuche durchzuführen, die insbesondere auf dem Südfügel zu vollem Erfolg reiften. Die Vorgänge auf dem Nordabschnitt des Schlachtfeldes, zumal die erbitterten Kämpfe um den San Gabriele haben vielfach die Meinung entstehen lassen, daß die Kämpfe auf dem Karstfügel und im Hermadonabschnitt diesmal milderer Charakter hätten. Diese Meinung ist irrig, unsere Truppen hatten auch dort das äußerste zu leisten, um die eindringende italienische Uebermacht, die dort 33 Brigaden, darunter die von Catanzaro, Trapani und die sardinischen Grenadiere, in die Wagschale warf, zurückzutreiben. Den Italienern gelang es bekanntlich im ersten Anlauf, die schwach besetzte erste Linie zu nehmen, wobei den Anrührern der gänzlich gerichtsene Ort Selo und die Nuppe Stara Volva nahe dem Eingang zum Vrehoibirgatal verloren gingen. Der am ganzen Südfügel einziehende Gegenangriff, der den Anrührern überdies noch 6000 Gefangene einbrachte, stellte die Lage vollständig wieder her. Selo und Stara Volva blieben zwar noch in Händen der Italiener, dafür aber wurden sie an vielen anderen Punkten noch über ihre Ausgangsstellungen zurückgeworfen. Besonders heftige Kämpfe hatte das Pilsener Infanterieregiment Nr. 11 zu bestehen, das nicht weniger als vierzehnmal erfolgreich zum Gegenangriff vorbrach. Mit furchtbaren Erbitterung wurde auch im äußersten Süden wieder um die Tunnelstellungen gestritten. Wieder gerieten sie zunächst in den Besitz des Feindes. In einem der Tunnel verteidigte sich eine kleine Abteilung zweieinhalb Tage, ehe sie sich, vom Wassermangel gezwungen, übergab. Auch die Italiener suchten, als dann der Gegenangriff herandrönte, insbesondere den Tunnel von San Giovanni zu besetzen. Unsere Truppen besetzten beide Eingänge und sperrten dem Feinde den Rückzug ab. Es entspannen sich wilde Handgranatenschläge. Eine in das Innere des Tunnels geschleuderte Handgranate

scheint dort einen italienischen Munitionsvorrat entzündet zu haben. Möglich ist man eine dreißig Meter hohe Stichflamme ins Freie schlagen und gleich darauf erfolgte eine furchtbare Explosion. Einige Reichen wurden von der Wucht des Zündschlages herausgeschleudert, unter ihnen die eines italienischen Brigadegenerals. Im Tunnel selbst war alles tot.

Daß die Gegenangriffe unserer Isonzotruppen trotz des bedeutenden zahlenmäßigen Uebergewichts der angegriffenen italienischen Infanterie so häufig durchschlagenden Erfolg haben, erklärt sich vor allem aus der überaus präzisen und rechtzeitig einsetzenden Mitwirkung der Artillerie. Es läßt sich überhaupt kaum fassen, was unsere Artilleristen in der letzten Isonzofschlacht an Anspannung und Verausgabung von Nervenkraft geleistet haben. Im Hinterlande glaubt man vielfach, daß es die Artillerie im Kriege unvergleichlich besser habe als die Infanterie, und das war ja in früheren Kriegsjahren zeitweilig der Fall. In den großen Stellungsschlachten des letzten Jahres aber hat sich da ein bemerkenswerter Ausgleich vollzogen und der Kanonier hat zumal in den Isonzokämpfen kaum ein leichteres Kreuz zu tragen als der Mann im Schützengraben. Auch die Artillerie hat jetzt mit beträchtlichen Verlusten zu rechnen, dazu aber noch mit einer aufreißenden Mäßigkeit, die an die Kräfte des einzelnen schier übermäßige Anforderungen stellt. Stunden- und oft tagelang heißt es feuern, was die Mörse nur hergeben können. Eine von den Batterien, die den Monte San Gabriele verteidigten, hat in 24 Stunden 6000 Geschosse für Vernichtungs- und Sprengfeuer verbraucht. Da pendelt der Kanonier ununterbrochen, die schwere Munition schleppend, zwischen Geschütz und Frage, halbnaht, aber trotzdem schweigend und leidend. Das Geschütz preßt das Gemütsband der Gasmaste zusammen, durch deren feuchtdunstige Glasglocke man nach einigen Minuten schon nichts mehr sieht. Aber fortwährend schlagen in der Nähe nebst anderen Granaten feindliche Gasgeschosse ein und der ganze Umkreis überzieht sich mit grün-gelben Dämpfen.

Ueber dem Haupte aber hat man den feindlichen Flieger, der sich led bis auf 300 Meter herunterläßt, um seine Bomben nur ja recht zielsicher anzubringen. Dabei heißt es noch, den Geschützen selbst ununterbrochen volle Aufmerksamkeit zuzuwenden, denn die Mörse werden alsbald glühend heiß, die Glycerinbremsen dampfen und beginnen unklar zu werden; es ist der Augenblick zu ergreifen, wo man das Geschütz austreten lassen und durch kalte Umschläge wieder gebräunfähig machen muß. So hat auch der Artillerist in der modernen Schlacht seine schwere Bürde von Rot, Qual und Arbeit zu tragen.

## Theater.

### „Drei alte Schachteln“.

Im Theater am Rollendorfsplatz, also bis vor kurzem einer der großartigsten Lustspolens-Schmarten des Krieges: Die Gulaschkanone“ gegeben wurde, treiben nunmehr „Drei alte Schachteln“ ihr mehr oder minder geräuschiges Unwesen. Man könnte bei dieser „Operette“ von „Alt-Berlin“ reden, richtiger noch von Potsdam zur Zeit des alten Fritz — denn dort und dazumal spielt die Geschichte —, wenn sowohl der Textverfasser (Hermann Haller) als der Komponist (Walter Kollo) anstatt einer äußerlichen Umrahmung einer aus ihrem zeitlichen und Lokalcolorit herausgehobenen Handlung zum Scheinwaffen auf der Bühne derholten hätten. Mit Sentimentalität in Worten und Tönen allein ist nichts getan. Was „märchenhaft“ sein sollte, geriet in lauter Unwahrscheinlichkeiten. Wiener Walzer gab es damals gar nicht. Trotzdem läßt Kollo eine der alten Schachteln auf dem Berliner Ball mit friderizianischen Offizieren sich fast zu Tode walzen. Da in Operetten absolut verlangt werden muß, feindliche Tänze jetzt aber „berpönt“ sind, so mußte eben der Walzer ausbleiben. Reiberei allerdings auch eine übrigens nett gefachte Cabotte. Doch ist Kollo stärker im Instrumentieren als im Erfinden; weshalb man mehrere ältere Kollo's zu hören kriegt. Im Vorpiel gibt's eine stimmungsvolle Szene und als General ein lustiges Triplexcouplet. Grete Freund (Charlotte) und Eduard Vahrenstein (Hauptmann Kerling) geben in schauspielerischer wie gefanglicher Beziehung ein hübsches Duopair ab. Humoristisch, deshalb wirksamer, sind die Köchin Auguste und ihr Sergeant Hefenpfeffer ausgestattet. Kläre Waldbroff braucht ja bloß über die Bühne zu gehen — und das ganze Theater beginnt zu wackeln vor lauter wiederndem Gelächter und Beifolgschreie, zumal, wenn sie das Couplet von den vielen „Stiefeln mang die Ränner“ und den dummen „Kamelen“ unter den Frauen singt. Von dem Theaterpublikum, wie es während des Krieges geworden ist, läßt sich weiter nichts Gutes sagen, als daß es immer mehr aus Rand und Band kommt. eh.

## Notizen.

— Maxim Gorki, so wurde kürzlich von bürgerlichen Blättern gemeldet, sei aus der Redaktion der „Kosaja Schin“ ausgetreten. Dazu wird uns aus Stockholm gemeldet, daß der Stockholmer Korrespondent der „Kosaja Schin“ in „Socialdemokraten“ feststellte, daß Gorki nach wie vor der Redaktion des genannten Blattes angehöre.

— Eine Gesellschaft für Warenkunde wurde am Sonnabend in Hamburg von führenden Persönlichkeiten des Handels und der Wissenschaft gegründet. Sie soll ein Bindeglied zwischen wissenschaftlicher Forschung und praktischer Betätigung darstellen.

## Die Wahlen in Finnland.

**Helsingfors, 6. Oktober.** (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Das Ergebnis der Reichstagswahlen am Ende des zweiten Tages war: Sozialdemokraten 45 Proz., der Gesamtstimmen, bürgerliche Parteien 55 Proz.

**Helsingfors, 7. Oktober.** (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Das Ergebnis der Landtagswahlen am Ende des dritten Wahltages ist: Sozialdemokraten 45,7 Prozent, bürgerliche Parteien 54,3 Prozent aller abgegebenen Stimmen.

**Stockholm, 7. Oktober.** (T. U.) Die Behauptung der Petersburger Telegraphen-Agentur, daß die russische Regierung keinen Versuch gemacht habe, den letzten Zusammentritt des finnländischen Landtages zu verhindern, entspricht nicht der Wahrheit. Nachdem nämlich der Soldatenrat in Helsingfors unter Einfluß der Maximalisten jedes Vorgehen gegen den Landtag für einen gegenrevolutionären Versuch erklärte und den in Finnland stehenden Truppen jedes Einschreiten verbot, forderte die Regierung im letzten Augenblick das sogenannte Todesbataillon. Dieses wurde aber von den Eisenbahnangestellten durch falsche Dirigierung des Zuges fast nach Helsingfors nach Tammerfors transportiert und kam daher zu spät, um die Eröffnung der Landtagssitzung zu hintertreiben.

## Die Verhaftung Turmels.

**Amsterdam, 7. Oktober.** Aus Paris meldet Reuter: Der Abgeordnete Turmel ist heute morgen verhaftet worden.

## Schluß der Kongression in Amerika.

Der Kongreß der Vereinigten Staaten hat am Sonnabend seine Sitzungen vertagt. Eine Resolution Wilsons erging sich in Lobeserhebungen über die Tüchtigkeit und Schnelligkeit, mit der der Kongreß seine Beschlüsse während der abgelaufenen „denkwürdigen Session“ gefaßt habe. Der Kongreß habe alle Zweifel an der Entschlossenheit des Landes behoben. Die Bedürfnisse des Heeres und der Flotte seien in einer Weise gesichert, die für die Kraft der amerikanischen Waffen bürge. Sogar die soziale Gerechtigkeit, die in dem Wirbelsturm eines derartigen Krieges oft gefährdet sei, soll der hochgelobte Kongreß zu erhalten gewußt haben.

## Der Krieg auf den Meeren.

**Berlin, 6. Oktober.** Amtlich. Neue U-Boosterfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz:

17 000 B. R. T.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich der bewaffnete englische Dampfer Santaren mit 1000 T. Kohle für Archangel und der englische Dampfer St. Margaret. Von dem bewaffneten englischen Dampfer Santaren wurden der Kapitän und der 1. Offizier gefangen genommen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

## England und die holländische Neutralität.

Aus einer sehr ausführlichen amtlichen Mitteilung der holländischen Regierung über den Stand der Verhandlungen mit England wegen des Austritts englischer Kriegsschiffe gegen deutsche Handelschiffe der Bergen op Zoom am 18. Juli wird mitgeteilt, daß die holländische Regierung sich schließlich, allerdings unter Protest und mit Vorbehalt aller Rechte einverstanden erklärt hat, die Frage der Aufbringung von vier deutschen Schiffen dem Urteil eines britischen Kriegsgerichts zu unterwerfen. Wegen der gestrandeten Schiffe *Renata Leonardi* und *Pavina* hat England sich entschuldigt. Holland hat für die Befreiung Schadenersatz und außerdem Antwort auf den Protest gegen das Niederfallen von Geschossen auf niederländischem Boden bei dem Angriff auf die deutschen Schiffe verlangt.

Zu diesen Verhandlungen bemerkt der „Nieuwe Courant“: Die Haltung der britischen Regierung gegenüber der ungenügenden anlässlich der Neutralitätsverletzung am 18. Juli vor Bergen ist wirklich erstaunlich. Das Wort hätte zum allererstenmal erwidert, daß die Angelegenheit einer neutralen Kommission unterbreitet worden wäre, ebenso wie die Frage der U-Boote zwischen Deutschland und den Niederlanden. Das Blatt schreibt, daß die englische Regierung jedoch in einer Frage wie diese, wo es klarer als das Licht ist, daß das Recht eines Neutralen verletzt worden ist, nicht sofort die Folgen dieser Verletzung übernehmen, sei sicher nicht geeignet, das Ansehen der englischen Regierung in internationalen Rechtsfragen zu erhöhen.

## Der Zwischenfall in der Scheldemündung.

Weder den Zwischenfall in der Scheldemündung am 25. September, in dessen Verlauf zwei deutsche Flugzeuge von holländischen Seestreitkräften festgehalten und zur Internierung eingeschleppt, außerdem ein deutscher Flieger schwer verwundet worden war, ergab von zutüchtlicher Seite eine Darstellung, aus der sich entgegen den bisher vorliegenden holländischen Blätterstimmen, die den Vorfall zum Teil wesentlich anders schildern, folgendes ergibt:

1. Die holländischen Landbatterien haben deutsche Flugzeuge über der Scheldemündung beschossen, ohne daß diese das von der holländischen Regierung beanspruchte Seeterritorium berührt haben. 2. Eins der Flugzeuge, welches angeblich innerhalb der von Holland beanspruchten Grenzen gelandet sein soll, ist in Wirklichkeit außerhalb derselben gelandet und dann durch höhere Gewalt über die Grenze getrieben worden. Ein Grund zu dessen Internierung lag demnach nicht vor. 3. Auf der Höhe der holländischen Ostflugschiffe hat ein holländisches Torpedoboot ein deutsches Flugzeug beschossen, den Flugmeister schwer verwundet und das Flugzeug selbst mit dem führenden Offizier widerrechtlich aufgebracht.

Wie von zutüchtlicher Stelle mitgeteilt wird, sind die nötigen diplomatischen Schritte zwischen der deutschen und holländischen Regierung in dieser Angelegenheit inzwischen eingeleitet worden.

## Die Lage in Flandern.

**Berlin, 7. Oktober.** Auch am 6. Oktober haben die Engländer ihre Infanterieangriffe nicht wieder aufnehmen können. Im allgemeinen lag auch der Artilleriekampf an der Flandernfront noch. Stärkeres Feuer lag nur zeitweise in Gegend nördlich des Neuportkanals und an dem Abschnitt Poelkapelle—Zonnebeke. Trotz der geringen rein deutschen Erfolge, die mit so ungeheuren blutigen Opfern erkauft wurden, versuchen die Engländer die letzte Flandernschlacht als „größten Sieg seit der Marne Schlacht“ darzustellen. Ein Blick auf die Karte genügt, um den gänzlich Misserfolg der letzten riesenhafte Anstrengung der Engländer klar erkennen zu lassen. In dem Gewinn eines Streifens zertrümmerten Trichterfeldes und einer im Verhältnis zu der Größe und Breite der Angriffe verhältnismäßig kleinen Zahl an Gefangenen besteht dieser sogenannte Sieg, den die Engländer dem eigenen Volk und der Welt vortäuschen wollen.

Südlich des Sereth griff der Feind nach einstündiger starker Artillerievorbereitung unsere Stellungen vom Serethflus bis St. Omery mit starken Kräften unter Landverwendung an. Der Angriff wurde abgeschlagen und vorübergehend eingedrungener Feind im Gegenstoß geworfen, wobei Gefangene in unserer Hand blieben. Die dortigen Stellungen sind restlos in unserer Hand.

Englischer Seeresbericht vom 6. Oktober. Die Artillerie des Feindes zeigte an der Schlachtfront gesteigerte Tätigkeit, aber von seiner Infanterie wurde keine Kampfhandlung unternommen. Ein verfruchtlicher Ueberfall auf unsere Gräben südlich von Holbeke wurde durch Gewehr- und Maschinengewehrfeuer abgeschlagen. Walliser Truppen griffen erfolgreich die feindliche Front nordöstlich Bouzeaucourt an, indem sie Unterstände bombardierten und der Besetzung Verluste zufügten. — Abends. Unsere Artillerie war den ganzen Tag tätig auf der ganzen Schlachtfront. Die feindliche Artillerie richtete ihre Tätigkeit hauptsächlich gegen unsere neuen Stellungen auf dem Höhenrücken von Woodseinde südwärts. Gegenangriffe wurden jedoch nicht unternommen. Weitere 380 Gefangene wurden während der letzten 24 Stunden gemacht. Von der übrigen britischen Front ist nichts von besonderer Bedeutung zu berichten.

## Eine Pille Snowdens für Wilson.

Das Unterhausmitglied Philip Snowden wendet sich im „Labour Leader“ scharf gegen die von Wilson ausgesprochenen Verbindungen einer Friedenserörterung. Wilson — so schreibt er — besteht auf einer Demokratisierung der deutschen Regierung. Das ist ein Wunsch, den wir stark teilen. Was wir aber an diesem Teil seiner Rede auszuweichen haben, ist, daß er zu verkehrt gefaßt ist, um seinen angeblichen Zweck zu erreichen, daß er pharisäisch ist, weil er von einem Mann kommt, der, wie sich neulich ein amerikanischer Senator ausdrückte, den Kongreß wie einen Hund behandelt und von einem Mann, der, demokratisch gewählt, um Amerika aus dem Kriege herauszuholen, den Krieg erklärte, ohne die Nation zu befragen. Präsident Wilson muß erst noch beweisen, daß, weil Amerika und seine Verbandsgefährten sich Demokratien nennen, ihre Verfassungen in Wahrheit demokratischer sind als die Deutschlands.

Sobald sagt Snowden: Die Bewegung im Sinne einer demokratischen Ueberwachung der auswärtigen Politik breitet in Deutschland fort und ist schon bis zu einem Grade gediehen, der weit über das Maß der Ueberwachung, die das englische Unterhaus besitzt, hinausgeht. Es ist stets eine Freiheit von Seite englischer Minister gewesen, es so hinzustellen, als ob der Deutsche Reichstag nichts zu sagen habe und damit die demokratischen Vorkämpfer des Unterhauses zu vergleichen. Das englische Unterhaus hat keinerlei Kontrolle über die auswärtige Politik, und Balfour hat noch eben gesagt, es sollte sie auch nicht haben. Freilich kann es Kredite verweigern; das aber kann der Reichstag auch und dessen Haushaltsausfluß hat viel weitergehende Rechte in Steuerfragen als das Unterhaus. Aber die Kontrolle des Reichstags über die auswärtige Politik ist soeben viel weiter gegangen, als sie irgendeins der Parlamente der kriegführenden Länder ist. Der Kanzler präsidiert einem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, in dem Vertreter von fünf Reichstagsparteien sitzen, um die Antwort auf die Papstnote aufzusetzen. Das ist schon im voraus eine Antwort auf Wilsons (von ihm selbst ohne Zuziehung von irgend jemand) aufgesetzte Forderung nach einer demokratischen deutschen Regierung. Snowden schließt: Wir begrüßen diese Veränderungen in Deutschland von Herzen und hoffen ernstlich, daß die Bewegung schnell weiter geht. Wenn Deutschland erst völlig demokratisch gemacht ist, können wir auf die gleiche Revolution in England und Amerika hoffen.

Der letzte Satz meines englischen Freundes ist eine hübsche und wohlbedachte Dummheit. Aus der Kritik seines Urteils erhellt, daß er keineswegs meint, England und Amerika sollten auf Deutschlands Vorgehen (das uns natürlich willkommen wäre) warten. Logisch ist einzig ein Weilauf zur Demokratisierung, bei dem jeder Staat, der in der Welt dazwischen mitbestimmen will, die volle Muskelkraft anspannen hat.

## Gehört Elsass-Lothringen zu Frankreich?

Sprache und Nationalität.

Zu der „Humanität“ gibt ein holländischer Mitarbeiter eine Uebersicht über die Stimmung Hollands in der elssah-lothringischen Frage, wie sie sich in Artikeln von „Het Volk“ und „Nieuwe Rotterdamse Courant“ darstellt. Er ist gezwungen, zu berichten, daß ziemlich allgemein festgestellt wird, in Elsass-Lothringen werde deutsch und so gut wie gar nicht französisch gesprochen. Der Mitarbeiter bemerkt dazu: „Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß es die Sprache ist, die die Nationalität ausmacht.“

Erst verfiel die französische Sozialisten, die geplante Annexion eines Landes sei keine Annexion, sondern eine „Des-annexion“. Weist man dann darauf hin, daß dieses Land ein deutsches Land ist, so antworten sie: „Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß es die Sprache ist, die die Nationalität ausmacht.“ Uns Deutschen aber fällt ob solcher Redeweise das Wort unseres Dichters ein: „Wer recht behalten will und hat nur eine Junge, behält's gewiß!“

## Deutscher Eisenbahnverkehr im Kriege.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: Der Personenverkehr der deutschen Staatsbahnen hatte in den letzten 12 Friedensmonaten (August 1913 bis Juli 1914) die höchsten bis dahin erzielten Einnahmen gebracht. Im ersten Kriegsjahre (August 1914 bis Juli 1915) blieb demgegenüber die Einnahme um 32,1 Prozent, im zweiten Kriegsjahre um 21 Prozent zurück; dagegen hat sie in dem jetzt abgelaufenen dritten Kriegsjahre jenes hohe Friedensergebnis nicht nur wieder erreicht, sondern noch um 5,3 Prozent überschritten und einen Betrag von 1081 Millionen Mark erzielt.

Der Güterverkehr, der im ersten Kriegsjahre gegen das auch hier einen Höchststand zeigende letzte Friedensjahr um 16,3 Prozent zurückgefallen war, holte das Friedensergebnis bereits im zweiten Kriegsjahre wieder ein, um es im dritten Kriegsjahre mit 2404 Millionen Mark um 8 Prozent zu überschreiten. In diesen Zahlen sind die Einnahmen aus dem Militärverkehr mit enthalten; sie betragen aber im Durchschnitt der drei Kriegsjahre nur ein Viertel der Gesamteinnahmen.

Welche Bedeutung der fortschreitenden Entwicklung des Eisenbahnverkehrs in diesem Kriege beizulegen ist, zeigt besonders auch die Einnahmen des August 1917. In diesem Monat hat der Personenverkehr gegenüber August 1916 um 30,8 Prozent, gegenüber August 1915 — dem letzten, zum Vergleich heranzuziehenden Friedensmonate — um 14,1 Prozent, der Güterverkehr gegenüber 1916 um 11,8 Prozent, gegenüber 1915 um 19,1 Prozent zugenommen.

## Zur Krise.

Gestern mittag fand im Reichstag eine interfraktionelle Besprechung der Mehrheitsparteien statt, deren vorläufige Beschlüsse den Fraktionen unterbreitet werden sollen. Die sozialdemokratische Fraktion hält heute um 11 Uhr Sitzung.

## Auch ein Erfolg der „Vaterlandspartei“.

Sie erhielten folgende Zuschrift:

An die

Redaktion des „Vorwärts“,

Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Um der „Vaterlandspartei“ ein zahlenmäßiges Gegengewicht zu geben, halten wir es für zweckmäßig, durch Einschluß an die sozialdemokratische Partei deren Mitgliederbestand durch Beitritt zu stärken.

(Folgen zahlreiche Unterschriften.)

Wir empfehlen dieses Vorgehen zur allgemeinen Nachahmung. Wer der Vaterlandspartei und ihrer hausierischen, das politische Leben Deutschlands vergiftenden Agitation entgegenwirken und für sozialdemokratische Ziele eintreten will, werde Mitglied der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anmeldungen bitten wir jedoch in Zukunft nicht an die Redaktion, sondern an das Sekretariat der Sozialdemokratischen Bezirksorganisation Groß-Berlin, SW. 68, Lindenstr. 3, zu richten.

## Die Harmlosen.

Die sogenannte Vaterlandspartei hat kürzlich mit offizieller Heiterlichkeit berichtet, daß sie sich um innere Politik im allgemeinen und um die preussische Wahlreform im besonderen nicht kümmere.

Auf der Marienburger Gründungsversammlung der Partei hat aber einer ihrer Hauptredner, der Landeshauptmann Hrbr. Senft zu Pilsch ausgesprochen, der Ironie sei das Wahlrechtsversprechen abgezwungen worden. Der Landtag aber sei in seinen Beschlüssen frei, nur die Regierung befinde sich in einer Zwangslage. Sie aus dieser zu befreien, sei eine Aufgabe der in der Vaterlandspartei organisierten „Vollmehrheit“.

## Die fortschrittliche Volkspartei gegen Traub.

Der Zentralausschuß der fortschrittlichen Volkspartei, der am Sonnabend und Sonntag im Reichstagsgebäude tagte, nahm nach Referaten der Abg. Gothein und v. Bayer Entschlüsse zu Friedensfrage und für freireligiöse Reformen an. Ueber das Verhältnis zur Vaterlandspartei fand eine längere Debatte statt, die mit der Annahme folgender vom Abg. Wiemer gestellten Entschlüsse gegen eine Stimme ihren Ausdruck fand:

„Der Zentralausschuß spricht die Erwartung aus, daß die Mitglieder der fortschrittlichen Volkspartei sich von jeder Unterstützung der deutschen Vaterlandspartei fernhalten, weil ihr Auftreten die innere Geschlossenheit gefährdet und ihr Ziel insbesondere darauf gerichtet ist, die Durchführung innerpolitischer Reformen während des Krieges zu verhindern. Der Zentralausschuß erkennt das Recht auf Meinungsfreiheit innerhalb der Partei an, soweit nicht das Parteiprogramm eine Bindung der Auffassung enthält, mißbilligt aber auf das Entschiedenste, wenn Mitglieder der Partei wegen einer abweichenden Meinung eine öffentliche Agitation gegen die Parteimehrheit, zumal mit Unterstützung von Parteigegnern, betreiben. Die agitatorische Tätigkeit eines Abgeordneten der Partei gegen die Haltung der parlamentarischen Parteiervertretung erachtet der Zentralausschuß als nicht vereinbar mit den Pflichten, die aus der Parteizugehörigkeit erwachsen.“

## Kleine Kriegsnachrichten.

Die englischen Verluste im September beziffern sich für das Landheer auf 2938 Offiziere und 109 000 Mann, die Gesamtverluste der Flotte 100 Offiziere und 614 Mann. Im August betragen die Gesamtverluste der Armee 5284 Offiziere und 52 404 Mann.

Ein Kongreß der russischen Intellektuellen, der in Moskau abgehalten wurde und auf dem 300 000 Personen vertreten waren, beschloß, dem Unterrichtsminister die Notwendigkeit vor Augen zu halten, daß Schulen zur Ausbildung der Bevölkerung in der Nationalökonomie sowie besondere Lehrkurse mit den Sozialwissenschaften als obligatorischem Lehrfach begründet würden.

Verhaftungen in Athen. Habas meldet aus Athen: Da Zambras sich weigerte, zum Verhör vor der Parlamentskommission zu erscheinen, wurde seine Verhaftung angeordnet. — „Tempo“ meldet aus Athen, daß auch Skuludis aus demselben Grunde verhaftet wurde.

Der Belagerungszustand in Spanien wurde auf Beschluß des Ministerrats gestrichen aufgehoben.

## Letzte Nachrichten.

Neugestaltung der englischen Arbeiterpartei.

**Bern, 7. Oktober.** Wie der Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian“ erzählt, beschäftigt die Reilung der Labour Party, diese bislang ziemlich belanglose Vereinigung von Gewerkschaften und sozialistischen Gruppen in eine wirkliche nationale Partei mit umfassendem Parteiprogramm und einer Organisation gleich der der Liberalen und Unionistenparteien in sämtlichen Wahlkreisen des Vereinigten Königreichs umzuwandeln. Zur Beschleunigung über die Neubildung ist eine Versammlung der Delegierten der beteiligten Körperschaften auf den 23. Januar einberufen, die sich im Falle einer Einigung als die Reilung der neuen Partei konstituieren wird.

## Das russische Vorparlament.

**Petersburg, 7. Oktober.** (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Das im Stodhaus gestern zusammengetretene Vorparlament wählte Tschaidse zum Vorsitzenden. Das Bureau des Vorparlamentes besteht aus zehn Mitgliedern, unter denen sich die früheren Minister Amfientiew und Tschernow sowie die Maximalisten Trotski und Kamenew befinden. Der Vorsitzende schlug vor, den Bericht der Abordnung des Vorparlamentes über ihre Verhandlungen mit der Regierung wegen der Neubildung der Regierungsgewalt zu erörtern. Ein Vorschlag Petrow, in geheimer Sitzung zu beraten, wurde mit 105 gegen 70 Stimmen angenommen.

Zu der Geheimhaltung legte Petrow den Gang der Verhandlungen der Abgeordneten der Demokratischen Konferenz, der Vertreter der Moskauer Industriellen und der Adoltenpartei mit den Regierungsmitgliedern dar. Er teilte mit, daß die Besprechungen zu einer schnellen Verständigung über alle Fragen geführt hätten, mit Ausnahme der Frage der Verantwortlichkeit des Kabinetts dem Vorparlament gegenüber, die eine lange, lebhafte Erörterung hervorgerufen habe. Man habe sich auf eine Entscheidung geeinigt, in der es heißt, das Vorparlament sei offiziell von der Regierung zusammenzusetzen und habe das Recht, die Regierung zu interpellieren, die Antwort erteilen müsse. Die Regierung sei formell und juristisch dem Vorparlament nicht verantwortlich, aber sein Kabinetts könne ohne das Vertrauen des Vorparlamentes bestehen.

# Groß-Berlin

## Die Milchversorgung der Kinder in Gefahr.

Die absolute unzulängliche Milchversorgung Groß-Berlins hat die höchste Stelle der Reichsverwaltung mit einer energischen Eingabe sich an den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes zu wenden. Es wird darin auf die vollkommen ungenügende Milchversorgung der Reichshauptstadt und ihrer Vororte hingewiesen, die zu einer schweren Katastrophe geführt hat. Die Gemeinden seien nicht mehr imstande, für die kleineren Kinder genügend Milch abzugeben, wenn die bestehende Reichsorganisation nicht von Grund auf geändert würde.

Nachdem vor einiger Zeit die Ratten für ein- und zweijährige Kinder von einem Liter auf dreiviertel Liter herabgesetzt werden mußte, sieht man sich jetzt in Groß-Berlin gezwungen, für drei- und vierjährige Kinder nur noch einen halben Liter, anstatt wie bisher dreiviertel Liter zu gewähren, und rechnet mit weiteren Kürzungen, wenn die Milchüberweisungen durch die Reichsstellen nicht bedeutend größer werden. Die bisherige Organisation der Milchversorgung ist auch vom Preussischen Städtetag als unhaltbar bezeichnet worden.

Durch die neuerliche Erhöhung des Milchpreises ist gar nichts erreicht worden. Die Milch geht gar nicht in die Großstädte, sondern sie wird ent- oder verbuttert oder in den Pflanzbezirk verkauft. Die Groß-Berliner Gemeinden fordern nun eine bessere Erfassung der Milch in den ländlichen Kreisen. Die Organisation müsse dort einen gesunden Unterbau erhalten.

## Wie weit geht die Beschränkung des Gasverbrauchs?

Eine Zeitschrift aus unserem Leserkreis macht darauf aufmerksam, daß bei der Einschränkung des Gasverbrauchs auf neun Zehntel der im vorhergehenden Jahr verbrauchten Menge manche Laubkolonisten in große Verlegenheit kommen können. Wer noch in diesem Sommer mit seiner Familie seine Laube als Quartier benutzt hat, wird natürlich in seiner Wohnung nur wenig Gas verbraucht haben. Wenn nun einer im nächsten Jahre nicht wieder den Sommer in einer Laube zubringen kann, so muß sein Gasverbrauch selbst bei größter Sparlichkeit den der Sommermonate des vorhergehenden Jahres übersteigen. Es ist dringend notwendig, daß solchen Laubkolonisten ebenso eine beschränkte Festsetzung der Verbrauchsmenge zugestanden wird wie denjenigen Personen, die lange Zeit verbrannt haben.

Seine Zeitschrift zeigt uns ferner, daß über die seit 1. September gültige neue Gasverordnung für Groß-Berlin immer noch in der Bevölkerung nicht volle Klarheit besteht, obwohl das Wesentliche daraus im "Vorwärts" mitgeteilt worden ist. Der Einzelne hat in diesem Jahr vom Frühjahr bis in den Spätsommer hinein für vier Monate nur 21, 12, 7, 2, zusammen 42 Kubikmeter Gas verbraucht, weil er meist in seiner Laube wohnte. Er fragt nun, wie er im nächsten Jahre in seiner Wohnung für dieselbe Zeit mit neun Zehnteln von 42 Kubikmeter (das wären knapp 38 Kubikmeter) auskommen solle. Rein, so weit geht die Zumutung an die "Sparlichkeit" der Gasverbraucher denn doch nicht. Gefordert wird Einschränkung des Gasverbrauchs für jedes Vierteljahr auf neun Zehntel der Verbrauchsmenge desselben Quartals im Vorjahr, im übrigen aber ist jedem Verbraucher unter allen Umständen ein Mindestverbrauch gestattet. Die Verordnung bemißt ihn für die vier Vierteljahre Januar bis April auf 105 Kubikmeter, April bis Juli auf 70 Kubikmeter, Juli bis Oktober auf 70 Kubikmeter, Oktober bis Januar auf 120 Kubikmeter, was freilich für die meisten Haushaltungen noch weit hinter dem Bedarf zurückbleibt. Sind neun Zehntel der vorjährigen Vierteljahresmenge weniger als diese Mindestsätze, so darf dennoch bis zu den Mindestsätzen verbraucht werden. Nachher aber die neun Zehntel mehr als die Mindestsätze aus, so ist ein Verbrauch bis zu den neun Zehnteln erlaubt. Wer z. B. in diesem Frühjahr und Sommer für das Vierteljahr April bis Juli zulässig nur 40 Kubikmeter Gasverbrauch hatte, darf im nächsten Jahr für dieselbe Zeit nicht nur neun Zehntel davon, gleich 36 Kubikmeter, sondern bis 70 Kubikmeter verbrauchen. Wer aber für den genannten Zeitraum dieses Jahres z. B. 100 Kubikmeter verbraucht, dem sind für dieselben drei Monate des nächsten Jahres nicht nur 70 Kubikmeter, sondern bis neun Zehntel gleich 90 Kubikmeter gestattet. Für den einmonatigen Zeitraum von September zum Oktober dieses Jahres ist die Uebergangsbemessung getroffen worden, daß in ihm der Verbrauch bis neun Zehntel des Verbrauchs desselben Zeitraumes vom Vorjahr betragen darf und ein Mindestverbrauch von 80 Kubikmeter gestattet ist. Als Beginn des

Monats und des Vierteljahres gilt für jeden Gasabnehmer der Tag, an dem bei ihm der Stand des Gasmessers aufgenommen wird.

## "Mutter".

Zur Förderung von "Deutschlands Spende für Säuglinge- und Kleinkinderfürsorge" ist ein Werbefilm "Mutter" bestimmt, ein von Margarete Lindau-Schütz und Hanna Henning verfaßtes "soziales Drama", dessen Uraufführung gestern in den Kosartsaal-Theaterräumen stattfand. Im Mittelpunkt der Handlung steht die Gattin des angesehenen Kunstmalers Sander, die ihrem Kinde aus Scheu vor den Unbequemlichkeiten der Ernährung mit der Muttermilch die Erfüllung dieser Pflicht verweigert. Die pflichtvergessene Mutter vernachlässigt ihr Kind durch den Tod und tritt schuldbehindert dann in den Dienst der Säuglingsfürsorge, um fortan den Kindern der Armen eine Mutter zu sein. Ein Gegenstück zu ihr ist eine andere Mutter, eine Arbeiterin, die im Morgengrauen vor dem Aufbruch zur Arbeitstätte ihrem Kinde die Flasche zurechtmachen muß, zu spät nach der Arbeit kommt und wegen Unpünktlichkeit entlassen wird. Als einen Weg aus der Not solcher Mütter und solcher Kinder zeigt der Film nicht etwa sozialreformerische Maßregeln zum Schutz von Mutter und Kind, sondern nur das beschädnende Mittel der Säuglingsfürsorgeanstalt und des Kinderheims. Dabei bietet sich Gelegenheit, eine Reihe hübscher Kinderszenen vorzuführen, die den Kinobesucher unterhalten und seines Besalls sicher sind. Die Darstellung der Hauptrolle durch Maria Fein vom Deutschen Theater trägt wirksam zum Erfolg des Films bei.

Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung der Berliner Stadtverordneten-Versammlung steht der Antrag Heilmann und Genossen über die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Gemeindevahlrechts für alle Einwohner über 20 Jahre ohne Unterschied des Geschlechts und unter Aufhebung aller Vorrechte, sowie der Verhandlungsbericht des Ausschusses zur Vorbereitung der Magistratsvorlage über die verlängerten Fristen für die Lebauung des Scheunenviertels und ferner über die Wiederherstellung von erhöhtem Schulgeld für Kinder aus Neufahrn. Außerdem soll ein neuer Antrag der Stadtverordneten Heilmann und Genossen von der "N. S. P." zur Behandlung kommen, der dahin geht, den Magistrat zu ersuchen, die bisherigen Preise für die Portionen der Massenverpflegung nicht zu erhöhen. Sodann soll die Vorlage über den Antrag der Stadt Schöneberg über die Befreiung der Berliner Vorkriegsschulen mit vorläufig 10 Kindern herab zu werden. Eine dritte Vorlage über die Veränderungen in höheren städtischen Schulen für die männliche Jugend ist der Versammlung zur Kenntnis unweitbreitet worden.

Eine wichtige Entscheidung des Kammergerichts für alle Mieter und Hausbesitzer ist ergangen und hat allen Unklarheiten in der Frage der Kammungslagen gegen Kriegervorfahren ein Ende gemacht. Die Frau eines Kriegsteilnehmers hatte während des Krieges eine Wohnung gemietet und den Mietvertrag allein unterzeichnet, aber keine Miete gezahlt. Es war gegen sie ein Kammungsurteil ergangen. Der Ehemann widersprach der Vollstreckung. Das Kammergericht hat der Beschwerde stattgegeben und erklärt, daß die Vollstreckung eines gegen die Ehefrau eines Kriegsteilnehmers ergangenen Kammungsurteils nicht zulässig ist, wenn nicht auch der Ehemann zur Kammung verurteilt wird. Denn der Ehemann ist als Haushaltsvorstand Inhaber der von ihm gemieteten Wohnung. Die Ehefrau ist in seiner Abwesenheit lediglich als Bediensteterin im Sinne des § 855 BGB anzusehen, so daß also auch in diesem Falle der Ehemann Vermieter ist. Deshalb bedeutet die Vollstreckung eines gegen die Ehefrau erlassenen Urteils auf Kammung gleichzeitig auch eine Vollstreckung gegen den Ehemann, der damit aus dem Besitz der Wohnung gesetzt wird. Das ist aber nur möglich, wenn auch gegen ihn ein Urteil auf Kammung vorliegt.

Getreidefabrik-Industrie. Unter dieser Ueberschrift erschienen in den letzten Tagen mehrfach in den Zeitungen Notizen, in denen gesagt war, daß das mit 100 000 Tonnen in Aussicht genommene Gesetzentwurf laut Mitteilung des Kriegsernährungsamtes an die beteiligten Industrieverbände auf 200 000—250 000 Tonnen erhöht worden sei. Daraus wurde die Schlussfolgerung gezogen, daß es sich ermöglichen lassen werde, die Kaffeegeröstereien, die bisher gegenüber den Kaffaaffabriken benachteiligt waren, mehr, als bisher geplant war, heranzuziehen. Das Kriegsernährungsamt ersucht uns um Mitteilung, daß es dieser Notiz völlig fernstand, um so mehr, als der Inhalt falsch ist und trügerische Hoffnungen erwecken dürfte. Nach den bisher aufgestellten Berechnungen ist an die Freigabe einer Menge von 200 000—250 000 Tonnen Gerste zur Herstellung von Kaffeefah nicht zu denken.

Legitimationskarten für Warenkäufer. Das Polizeipräsidium teilt mit: Diejenigen Gewerbetreibenden, welche in Berlin eine gewerbliche Niederlassung besitzen und im Jahre 1918 persönlich oder durch in ihren Diensten stehende Reisende für die Zwecke ihres Gewerbebetriebes Waren austauschen oder Bestellungen auf Waren suchen wollen, werden in ihrem eigenen Interesse aufgefordert, die hierzu gemäß § 44, 4a der Reichsgewerbeordnung erforderlichen Legitimationskarten für das Jahr 1917 baldigst zu beantragen. Der Antrag ist, wenn die gewerbliche Niederlassung im Bezirk der Polizeidirektoren 1, 2, 3, 5, 6, 12, 13, 14, 15, 16, 19, 20, 21, 22, 26, 27, 29, 37, 38, 40, 55 und 59 liegt, bei dem Polizeibezirksamt Berlin-Mitte, Am Kolonnenmarkt 1, sonst bei dem für die gewerbliche Niederlassung zuständigen Revier zu stellen.

Eine Mehlhiebung wurde in der Alten Jakobstraße entdeckt. Ein Fuhrherr in der Prantheimer Straße ließ vor einiger Zeit 17 Sack Mehl von einem Kahn abholen. Es sollte von einem Vadem Meister unter der Hand gekauft werden. Der Meister lehnte jedoch das Geschäft ab. Der Schiffer nahm das Mehl auch nicht zurück und meldete sich auch später nicht wieder. Der Fuhrherr meinte wohl, daß er dazu alle Veranlassung haben mochte. Er gab nun seinem Angestellten den Auftrag, die Ladung einzuwickeln auf seinem Hof in einer Kammer unterzubringen. Dort fand sie eine ganze Mehlhiebung. Er oder aber den Wagen brachte, tat der Fuhrherr so, als ob die Ladung ihm gehöre und verkaufte sie für 18 000 M. an eine Firma in der Alten Jakobstraße. Diese veräußerte sie für 2 200 M. das Pfund weiter. Bevor jedoch das Mehl an die neuen Käufer gelangte, erregte es in der Alten Jakobstraße im Keller legend die Aufmerksamkeit mißtrauischer Leute. So erhielt die Polizei einen Hinweis und machte weiteren Erhebungen ein Ende. Der Fuhrherr hatte von dem Kaufpreis erst 6 000 M. erhalten. Davon hatte er dem Kaufherrn 2 000 M. abgegeben. Dieser hatte sich damit begnügt, weil er der Meinung war, daß 6 000 M. der ganze Kaufpreis seien. Daß er in Wirklichkeit 18 000 M. erhalten sollte, hatte der Fuhrherr bei der Teilung verschwiegen. Das Geld wurde ebenfalls beschlagnahmt. Woher das Mehl stammt, muß noch festgestellt werden. Die Sacke tragen ein Bleifolien der Dominielmühle Schönfeld mit dem Zeichen "S. V. Korn" in der Mitte.

Ein graufiger Vagabund spielte sich gestern Abend in der Bedürfnisstraße ab. Ein Mann kam dort eilig herbei. Bald sah die Wärterin aus seiner Tasche Blut herausschöpfen. Ein Schutzmann, den sie holte, fand den Mann tot daliegen. Er hatte sich mit einem Koffermesser den Hals abgeschliffen. Der Tote wurde festgestellt als ein 35 Jahre alter Kaufmann Friedrich Kees von Waterloostraße 7, der schwer nebenan war.

Im Dienst tödlich verunglückt ist der 35 Jahre alte Kammerer Hermann Ehrlich aus der Pletzenstraße 8 zu Prenzlauer Berg am Bahnhof Tempelhof-Schöneberg. Er starb schon, als man ihn zum Verbinden nach dem Anhalter Bahnhof bringen wollte.

Für 25 000 Mark Seide fand gestern die Kriminalpolizei in einem Hehlernest. Vor einiger Zeit entwich aus einer Heilanstalt in Rottbus ein Arbeiter Fritz Kowalk, der wegen vieler Einbrüche in Wäschegeschäfte und Wäschereien 3 Jahre Zuchthaus zu verbüßen hat. Seine Spur führte nach Berlin zu einem Ehepaar Jander in der Lehrlinger Straße. Dieses war gerade nach der Angermünder Straße umgezogen. Dort trafen die Beamten den Gesuchten auf der Treppe vor der Janderschen Tür und nahmen ihn fest. In der Wohnung fanden sie noch seinen Helfer, einen gewissen Bruno Eder, und ganze Sack voll Diebesbeute, darunter für 25 000 M. Seidenstoffe und Plüsch, die die Einbrecher in der Nacht zum vergangenen Mittwoch auf dem Wege durch die Decke aus dem Plüschhaus von Teuber in der Wilmader Straße 50 herausgeholt hatten. Sie hatten ihre große Beute gleich nach der neuen Janderschen Wohnung gebracht, als ob sie zum Umzug gehörte. Mit Kowalk und Eder wurde auch das Ehepaar verhaftet.

Weiterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Diensttag mittig. Kaltwindig trübe, mit weit verbreiteten, an der Küste etwas stärkeren, im Binnenlande geringen Regenfällen; zunächst etwas wärmer, später mehrfache Abkühlung.

## Aus aller Welt.

Goltschiffe in Japan. Ebenso wie in England und Amerika baut man nach einer amerikanischer Meldung nun auch in Japan Goltschiffe. Eine Anzahl dieser Boote ist bereits in Osaka vom Stapel gelaufen. Der Grund für den Bau dieser Schiffe sind die hohen Eisen- und Stahlpreise und die Materialnot.

Verantwortlich für den Inhalt: Erich Sotmer, Berlin; für den Druck: Carl des Plötz: Alfred Scholz, Neufahrn; für die Anzeigen: Th. Giese, Berlin. Druck u. Verlag: Verlags-Vertriebs-Gesellschaft, Berlin SW.

Admirals-Palast.  
Die Novität  
**Abrahadabra**  
Großes phantastisches Ballett auf dem Elise. 7 1/2 U. Vorzügl. Küche.

Gegen unteines Blut  
zum Ausschleiden aller Scharfen aus den Säften gibt es nichts Besseres als **Hyotheter** Sauerweins **Renovations-Pillen** ganz bei bei Auschlägen, Geschwülsten, roter Haut, Nerven, Blutandrang und Verstopfung Dose M. 4.00 nur von Apotheken Lauenstein Verlag, Spremberg 1/4.

Lombard-Haus  
L. H. Graff, Leipzigerstr. 75 II  
Volle normale Beleuchtung Diskretion, Reklamt. Gelegenheits-, Uhren, Brillanten, Schmucksachen 10-50%, unt. Ladenpr.

Alle Belouhüte  
Pelzhüte, Filzhüte werden wie neu auf modernste Formen umgeprägt. Neue Hüteformen direkt in Ecksteins Hutfabrik, Anhalterstr. 39, an der Hauptpoststraße. Filzhüte: Reichardtstr. 7, a. d. Komfir.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.  
Verwaltungstische Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unter Kollegen, der Schlichter  
**Max Putzki**  
Nemeler Straße 16 am 8. d. M. gestorben ist. Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 9. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Kege Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

Spezial-Arzt  
Dr. med. Hasche,  
Friedrichstr. 90  
direkt am Stadthof, Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden, (beg. von H. J. Ehrlich-Gals-Sänger, Schmerzlöse, kurzeste Behandlung ohne Verunstaltung, Hautuntersuchung, Röntgen-Prüfung, Sprachtunden 10 bis 1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

Lehrlinge  
für unsere Schloßerei gesucht. 228/119  
J. Degenhardt G.m.b.H.  
Wittenau, Wittestraße 47/48.

Spezialarzt  
Dr. med. Laabs  
sch. (sines), gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Berufshör. Geschlechtskrankheit, geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche, Erprobteste Methoden Ehrlich-Hata-Kuren, Harn- u. Blutuntersuchung.  
Königsstr. 84/86, Bahnhof, Ungerenspt. Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1

Maschinenmstr.  
per sofort gesucht.  
Herren, welche mit elektrischem Licht u. Fahrstühlen (Hohe) genau vertraut, energisch und gewandt sind und welche einen derartigen Posten in größeren Betrieben bereits längere Zeit inne hatten, wollen sich mit Zeugnissen morgen 9 Uhr in unserer Personal-Verwaltung IV. Stock persönlich vorstellen. 1062  
A. Jandorf & Co.  
Felle-Alliancestr. 1/2.

Reuters Werte  
3 Böbe 3 M. Buchhandlung Bornsche

Werkstattdreher  
Auergesellschaft.  
In melden im Einstellungsbureau, Ehrenbergstraße.  
Wir suchen für unser Angestellten-Kasino  
**Rüchenmädchen.**  
In melden im Einstellungsbureau Auergesellschaft, Ehrenbergstraße.

Größere Anzahl  
**Schmiede u. Schirrneister**  
auf einfache Hufeisenarbeiten (Hoesarbeiten) sofort und später verlangt  
Alex. Herman G. m. b. H., N. 20, Pankstr. 29 und 297L\*  
Berlin-Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Str. 10/11

Kondomanuen - Uaren  
Sch. auf Streifen geben, den 8-11 an in größter Auswahl: genau reguliert: Müllschnecken, Leuchtuhren, Armuhren.  
Annahme v. Reparaturen, Umlausch gestattet  
**E. Möbis, 14 Beuthstr. 14**  
(Utingen nur im Laden).

Künstl. Zähne mit echtem Friedenskautschuk,  
Goldkronen, Brücken, Plomben, Zähne ohne Platte, Zahnzieh. mit Betäubg., Umarbeitg., Reparatur, sofort. Bill. Preise, auch Teilz  
**Zahn-Praxis M. Löser** Brunnenstraße 185, nahe Invalidenstr. Persönl. zu sprch. 10-7, Sonnt. 10-12. Tel. N. 11503

Spezial-Arzt I. Geschlechtskrankheiten, Harn-Kuren, Blut- und Harn-Untersuchungen. Institute:  
Potsdamer Str. 117  
a. d. Luisenpark, Sprechstunden während d. Sommers 1/5-1/10 U. abends, Sonntags 1/11-1/1 U. ab 8. starke Broschüre 50 Pf., nach außerhalb 1 M. in verschl. Kuvert  
**Dr. med. Karl Reinhardt.**

Nachtportier  
unbedingt zuverlässig und energisch, mit nur besten Zeugnissen, von größtem Wert in Tempelhof gesucht. 5872\*  
Erfahren mit Zeugnisschriften, Gehaltsansprüchen sowie Referenzen an  
**Ballonhüllen-Gesellschaft m. b. H.**  
Tempelhof, Friedrich-Wilhelm-Straße 52/54.

Arbeiterinnen  
Auergesellschaft Berlin O. 17.  
Abt. B. Einstellungsbureau Ehrenbergstraße.

Tüchtige Maschinenschlosser  
heißt sofort ein 53102\*  
**Loeb & Co. G. m. b. H.,**  
Automobil- und Flugmotorenfabrik, Berlin-Hohenschönhausen, Godestraße

Tüchtige Spitzendreher  
werden sofort eingestellt. 53112\*  
**Loeb & Co., G. m. b. H.,**  
Automobil- und Flugmotorenfabrik, Berlin-Charlottenburg, Fritschestraße 27/28

Kontrollleure  
für Teil-Kontrolle werden verlangt.  
**ALBATROS**  
Friedrichsdagen.  
Tüchtige, selbständig arbeitende  
**Dreher und Maschinenbauer**  
bei gutem Lohn sofort gesucht. 5182\*  
**Sendlinger optische Glaswerke G. m. b. H.**  
Zehlendorf (Wannseebahn).

Nerven- und Stoffwechselliden  
insbesondere Nervenschwäche, Überverteilung, Licht und Rheumatismus, Zuckerkrankheit, Magen- und Darmleiden, Herz-, Leber- u. Nierenkrankheiten, Ektarmut, Frauenleiden, Schwächezustände, Hautleiden werden mit vorzügl. Erfolge nach besonderem Verfahren ohne jede Verunstaltung behandelt. — Kurze Kurdauer. — Kombinierte Sauerstoffkuren. — Künstliche Söhne. — Ausführliche Prospekte kostenfrei.  
Sanitätsrat Dr. Weise's Ambulatorium, Berlin 117, Potsdamer Str. 123b.  
Sprechst. 9-10 1/2, 3-4 1/2, Sonnt. 10-11